

Schwerpunkt dieser Ausgabe:
Weltweite Unternehmensverantwortung

Entgelt bezahlt

GERMANWATCH

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik

Mitmachaktion: Arbeitsrechte einhalten! S. 3

Globalisierung fair gestalten

Zum Bericht der ILO-Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Arbeitsrechte, Umweltrechte, Menschenrechte. Oft hört man von ihnen, meist wenn sie verletzt werden, häufig im Zusammenhang mit transnationalen Unternehmen. Viele NGOs verlangen daher weltweit verbindliche Regeln für Unternehmen. Die Wirtschaft besteht dagegen mehrheitlich auf freiwilligen Verpflichtungen.

Dass Letztere nicht ausreichen, dafür hat die deutsche Industrie mit der Debatte um den Emissionshandel einmal mehr Argumente geliefert. In einer vielbeschworenen freiwilligen Selbstverpflichtung hatte sich die Industrie auf einen Betrag festgelegt, zu dem sie ihre Treibhausgasemissionen reduzieren wollte. Das machte was her: Die Wirtschaft bekennt sich freiwillig zum Klimaschutz und zu konkreten Zahlen. Kaum wurde es Anfang 2004 ernst, wollten die großen Energieversorger, getarnt durch den BDI, jedoch plötzlich nichts mehr von ihrer Selbstverpflichtung wissen. Hier ist die Politik gefragt. Sie muss eindeutige Regeln vorgeben und wirksame Sanktionsmechanismen dafür schaffen. Verbindliche Spielregeln sorgen für Verlässlichkeit und erleichtern langfristige Planungen bei Investitionen. War das nicht ein Ziel der Wirtschaft?

N. Hay

Blöß keine Verpflichtungen!
Kofi Annans Global Compact S. 2

Vertrauen, Kampfgeist, Würde
Arbeiter gegen Großkonzern S. 3

Ablenkungsmanöver?
Brüsseler Dialoge S. 4



Warum ich Germanwatch
wichtig finde:

Germanwatch besitzt viele sehr gute und aktuelle Themen wie weltweite Unternehmensverantwortung, Lebensmitteldumping, Klimaschutz oder ethisches Investment. Eine besondere Stärke hat Germanwatch bei der Verfolgung seiner Ziele sicher im Dialog mit der Wirtschaft. Wünschen würde ich mir für die Zukunft, dass es neben dem Dialog auch mehr Öffentlichkeit und Druck auf Wirtschaft sowie Politik gibt.

Thilo Bode
Geschäftsführer foodwatch

Juan Somavia ist einer der bedeutendsten Mitspieler auf der internationalen Bühne. Weltweit bekannt wurde er als Koordinator des Kopenhagener Weltsozialgipfels von 1995. Drei Jahre später wurde der umtriebige chilenische UNO-Botschafter zum Generaldirektor der Weltarbeitsorganisation ILO berufen. Dorthin nahm er seine Einsichten über Asymmetrien der Globalisierung mit, aber er merkte, dass der Routine-Rahmen der ILO wenig Spielraum für eine Veränderung des Weltgeschehens bietet. Die Kernarbeitsnormen, Zentralthema der ILO, wurden bei WTO-Verhandlungen regelmäßig abgeblockt. Und der einseitige Zeiten des Kalten Krieges selbstverständliche Schulterchluss zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugunsten des Streikrechts und anderer Errungenschaften des freiheitlich-marktwirtschaftlichen Westens gegenüber dem autoritären Osten hatte sich in Luft aufgelöst. Die Globalisierungsdiskussion wurde von einem eher religiös zu nennenden Streit getragen, ob die Globalisierung „gut für alle“ oder „schlecht für die Mehrheit“ sei. So kam Somavia zu dem Schluss, man brauche eine höhere Autorität, um auf die sozialen Probleme der Globalisierung hinzuweisen.

Somavia überzeugte seinen trilateralen ILO-Rat (Staaten, Arbeitgeber,



Kinderarbeiter schürft Gold in einem Erdloch am Flussufer, Perma Goldmine, Benin 2001

Arbeitnehmer), eine unabhängige Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung einzurichten. Deren Vorsitz wurde der finnischen Präsidentin Tarja Halonen und dem tansanischen Präsidenten Benjamin Mkapa angeboten. Die beiden amtierenden Staatsoberhäupter steuerten die zweijährige Arbeit zu einem erfolgreichen Ende, dem jetzt vorliegenden Bericht „A Fair Globalization“.

Mkapa wurde bei der Vorstellung des Berichts deutlich: Entgegen den gebetsmühlenartig vorgebrachten Beteuerungen der Freihandelsökonomten hat sich das weltweite Wirtschaftswachstum in der Kaskade der Liberalisierungen dauernd verlang-

samt und ist die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgerissen, sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der meisten Länder. Die Kommission fordert, die Politik und die Institutionen der Global Governance dringend zu überdenken.

Der Bericht enthält gut aufgearbeitete Fakten und Graphiken, originale Beiträge (etwa zum Heranführen der Slumbewohner an die Marktwirtschaft durch Vergabe von Eigentumstiteln - das ist erkennbar die Handschrift des Kommissionsmitglieds Hernando de Soto aus Peru) und eine Reihe von politischen Empfehlungen.

Auch der Corporate Social Responsibility (Unternehmensverantwortung)

wird ein Unterkapitel gewidmet. Aufbauend auf den im Jahr 2000 aktualisierten ILO-Erklärungen und OECD-Richtlinien für Unternehmen wird die Befolgung vorhandener Gesetze und das Eingehen von Partnerschaften auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen empfohlen. Über Kofi Annans „Global Compact“ (siehe S. 2) wird recht unkritisch berichtet, und punktuelle Verbesserungen wie die Arbeitsschutzvereinbarung beim Kakao und die Global Alliance for Vaccines and Immunization werden als Ermutigungen für ein der Wirtschaft zuträgliches soziales Engagement der Konzerne erwähnt.

Niemand wird erwarten, dass ein unabhängiger Bericht, von keiner einzigen Regierung beschlossen, unmittelbare rechtliche Auswirkungen hat. Aber er kann und sollte als Anstoß dienen, die Globalisierungsdiskussion, die in jüngster Zeit resignativ abgeflaut ist, wieder zu beleben. Die Globalisierungsverlierer haben prominente Freunde und Fürsprecher gefunden. Auch die Arbeitgebervertreter, unter ihnen der Chairman of the Board des Weltkonzerns Toshiba, Taizo Nishimura, haben dem Bericht zugestimmt.

Ernst Ulrich von Weizsäcker
MdB, Mitglied der ILO-Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung

Accountable Business

Menschenrechtsnormen für Global Player

Eines der heißesten Themen der diesjährigen UN-Menschenrechtskommission (15. März - 23. April 2004) wird zweifellos die Zukunft der Menschenrechtsnormen für Unternehmen sein.

Obwohl die Normen erst seit August 2003 vorliegen, hat sich bereits einiger Widerstand gegen sie entwickelt, vor allem bei transnationalen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden in den USA und in England. Namentlich ist hier die Internationale Handelskammer ICC zu nennen. Mit ihrer hitzigen Anti-Normen-Kampagne will die ICC die Verabschiedung der Normen in der Menschenrechtskommission (MRK) vereiteln. Angeführt wird die Kampagne unter anderem von Shell - dem selbsternannten „Corporate Responsibility Champion“.

Die Wirtschaftsverbände wehren sich insbesondere gegen den umfassenden Charakter der Normen. Sie bevorzugen freiwillige Verhaltenskodizes, weil diese flexibler sind und es

erlauben, eigene Standards zu definieren. Der Widerstand könnte eine positive Auseinandersetzung mit den Normen in der MRK verhindern. Damit würde folglich das ursprüngliche Ziel, die Normen in den nächsten Jahren formell in der MRK zu verabschieden, zum Scheitern gebracht. Eine internationale Allianz von Nichtregierungsorganisationen (NRO), deren Forderungen von Germanwatch unterstützt werden, setzt sich derzeit dafür ein, die Normen nicht in die Agenda der diesjährigen MRK aufzunehmen. Stattdessen soll zunächst eine breite internationale Debatte über die Bedeutung der Normen geführt werden. Dies soll verhindern, dass die Normen vorschnell in der MRK abgelehnt werden.

Stärken des neuen Instruments
Die Stärke der UN-Normen liegt darin, dass sie beschreiben, wie Firmenverhalten aussehen muss, um Menschenrechtsverletzungen durch

die Aktivitäten des Unternehmens zu vermeiden.

Unternehmen können Menschenrechte durch ihren Umgang mit den eigenen Angestellten verletzen, aber auch durch die Art wie der Produktionsprozess sich auf Arbeiter, lokale anliegende Gemeinden und die Umwelt auswirkt. Menschenrechtsverletzungen können durch das Sicherheitspersonal der Firmen oder durch die Unterstützung repressiver Regierungen geschehen. Den Regierungen erlauben die Normen, ihre Gesetzgebung zur Regulierung privater Akteure zu überprüfen, um zu erkennen, ob sie ausreichend ist.

Die Notwendigkeit, solche Normen auf internationaler Ebene festzuschreiben, ergibt sich aus der Tatsache der wirtschaftlichen Globalisierung.

Fortsetzung auf Seite 2

UN-Normen für Unternehmen

Im August 2003 verabschiedete die UN-Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte ein neues Set von Normen für Unternehmen. Dieses beinhaltet Menschenrechtsnormen aus den verschiedenen Menschenrechtspaketen der Vereinten Nationen, die für die Arbeit von Unternehmen von Relevanz sind. Ziel war es, über ein abgesichertes und international anerkanntes Set von Normen für Unternehmensverhalten zu verfügen. So soll einer Tendenz zur Selbstdefinition von relevanten Normen in Unternehmensprinzipien und freiwilligen Verhaltenskodizes von Unternehmen vorgebeugt werden. Letztere birgt die Gefahr in sich, langfristig ein universelles Verständnis zentraler Menschenrechts- und Arbeitsnormen, die in den letzten Jahrzehnten entwickelt wurden, aufzuweichen. Nichtregierungsorganisationen aus vielen Ländern haben die Verabschiedung der Normen in der Unterkommission deshalb sehr begrüßt. Sowohl die Normen als auch ein detaillierter Kommentar, der die Interpretation der Normen erleichtern soll, wurden der Menschenrechtskommission (MRK) zur Verabschiedung vorgelegt.

Vertrauen, Kampfgeist und Würde

Mexikanische Arbeiter kämpfen zwei Jahre um ihr Recht

1976 haben die OECD-Mitgliedstaaten Leitsätze zur Regulierung von Multinationalen Unternehmen verabschiedet. Bei Verletzung des Regelwerks kann eine Beschwerde gegenüber dem zuständigen nationalen Kontaktpunkt vorgebracht werden, der sich um Vermittlung bemühen muss. Einziges Sanktionsinstrument ist eine öffentliche Erklärung zur Verletzung der Leitsätze. Der Fall der Arbeiter von Euzkadi, die wegen der unrechtmäßigen Schließung ihres Werkes durch die Continental AG Ende 2001 in Streik getreten sind, ist als Beschwerde anhängig. Mit Jesús Torres Nuño, dem Generalsekretär der Euzkadi-Gewerkschaft, sprach Cornelia Heydenreich.

aussprechen können, die Leitsätze einzuhalten. Sie haben nicht die Möglichkeit, die Unternehmen wirklich zu verpflichten diese Richtlinien zu befolgen. Allerdings hat es noch nicht einmal den Versuch gegeben, Continental die Einhaltung dieser Leitsätze zu empfehlen. Der mexikanische Kontaktpunkt hat es innerhalb von gut zwei Jahren immer noch nicht geschafft, wenigstens ein Vermittlungsgespräch zwischen beiden Konfliktparteien zu initiieren, um zu versuchen die Streitpunkte zu schlichten.

Im Gegensatz zur Kontaktstelle in Berlin, die im Rahmen unserer letzten Deutschlandreise 2003 ein Gespräch mit Continental im Bundeswirtschaftsministerium einberufen hatte.

Sie hatten Gespräche mit Vertretern auf höchster politischer Ebene. Was hat das für Sie bedeutet?

Wir Gewerkschaftsvertreter haben uns tatsächlich mit den Chefs auf höchster Ebene zusammengesetzt, dem Vorstandschef des Unternehmens, Manfred Wennemer, dem deutschen Botschafter in Mexiko und dem mexikanischen Präsidenten, Vicente Fox. Die Sache ist die: In einem so komplizierten Konflikt wie unserem mit Continental hat es noch nie eine freiwillige Lösung gegeben. Das ist lediglich ein weiteres Beispiel für einen transnationalen Konzern, der systematisch unsere nationalen Rechte verletzt, und von einer mexikanischen Regierung, die sich uneingeschränkt auf die Seite von Gesetzesbrechern stellt, die in Mexiko investieren - in diesem Fall Continental. Vicente Fox hat dies schon zu Beginn seiner Regierungszeit gesagt: „Das ist eine Regierung der Unterneh-



Mexikanische Gewerkschafter demonstrieren gegen unrechtmäßige Werkschließung.

mer, geschaffen durch die Unternehmer und für die Unternehmer“.

Zwei Jahre Streik: Von der menschlichen Seite her - wie ist das machbar? Wie konnten Sie Ihre Leute so lange motivieren?

Diese Frage wurde uns schon oft gestellt, ich glaube auch Continental selbst hat sich das mehrfach gefragt. Angesichts dieser widrigen Umstände fällt es schwer sich vorzustellen, wie wir zwei Jahre und zwei Monate ohne Einkommen, verfolgt von der Regierung und den Unternehmern von El Salto durchstehen konnten. Die Antwort ist ganz einfach: Wir haben den Widerstand in erster Linie durchgehalten, weil unsere Gewerkschaft völlig anders ist als andere in Mexiko, die meist die Arbeiter kontrollieren anstatt sich für sie einzusetzen. Wir haben uns mit unserer demokratischen und unabhängigen Organisation der Situation gestellt, das allein schafft schon ein absolutes Vertrauen unserer Genossen. Aber der ausschlaggebende Faktor ist das unbeirrbar Agieren, der Kampfgeist der Arbeiter selbst, die mit Wut und Groll bereit sind alles zu tun, um nur nicht mit Füßen getreten zu werden oder noch schlimmer, gedemütigt zu werden durch die Firma. Wie halten wir

es aus? Natürlich mit viel Not und Armut, aber auch mit Würde. Unsere Ehefrauen und Kinder mussten Arbeit suchen. Derzeit unterhalten sie mehrheitlich die Familien.

Wie geht es jetzt weiter? Continental hat angekündigt, dass sie gegen die jüngsten Urteile Berufung einlegen wollen? Was sind Ihre aktuellen Forderungen und Vorschläge für eine Lösung des Konfliktes?

So ist es, Continental hat in einer arroganten Geste erklärt, dass sie Berufung einlegen wollen. Die hat aus unserer Sicht überhaupt keine Zukunft, weil sie bei dem Obersten Gericht beantragt wurde, das uns zuvor Recht gegeben hat. Wir glauben, diese letzte Urteilsprechung ist unverrückbar

und es ist nur ein Versuch von Continental, den Konflikt unnötigerweise in die Länge zu ziehen. Es ist klar, dass wir mit der Beurteilung des Streiks die größte Hürde als Gewerkschaft genommen haben: Das war mit Sicherheit die Beurteilung des Streikes. Wir haben jetzt drei Forderungen: 1. Die bedingungslose Wiedereröffnung der Fabrik, da die Schließung illegal war. 2. Die Prüfung, ob die Firma in eine Kooperative umgewandelt werden kann. 3. Schließlich, wenn die beiden ersten Forderungen keinen Erfolg haben, ist die Gewerkschaft bereit, über eine finanzielle Lösung zu verhandeln. Aber in allen drei Lösungen muss enthalten sein, dass die aufgelaufenen Löhne nachgezahlt werden. Dies ist in Mexiko gesetzlich vorgeschrieben. Unsere Vorstellung zur Lösung des Konfliktes ist keine andere als die, dass sich Continental und die Gewerkschaft zusammensetzen und über diese drei Vorschläge verhandeln. Und wenn es dafür nötig sein sollte, nochmals nach Deutschland zu reisen, um das wiederholte gewalttätige Verhalten von Continental anzuprangern, dann werden wir das tun.

Herr Torres Nuño, nach über zwei Jahren, vielen juristischen Verfahren und Urteilen ist Ihr Streik von der Bundesschiedsstelle als rechtmäßig und „existent“ eingestuft worden. Welche Instrumente sind in Ihrem Streit mit Continental zum Einsatz gekommen und was haben sie gebracht?

Einerseits haben wir einen juristischen Kampf auf gerichtlicher Ebene geführt und andererseits die Gewerkschaft im Ganzen politisch mobilisiert. Es ist ganz klar, dass der Kampf der Arbeiter von Euzkadi ohne diesen kombinierten Ansatz keine Zukunft gehabt hätte angesichts einer so mächtigen Firma wie Continental. Im Ergebnis haben wir auch zwei Jahre und zwei Monate nach der illegalen Schließung eine vereinte Gewerkschaft bewahrt. Außerdem hat diese Strategie ermöglicht, dass unser Kampf auf internationaler Ebene bekannt wurde und dass inzwischen sogar unsere eigene Regierung unseren Streik als legal anerkannt hat.

Sie haben auch eine Beschwerde wegen Verletzung der OECD-Leitsätze vorgebracht. Was kann ein solches Verfahren bewirken und wo sind seine Grenzen?

Wir haben eine Klage eingereicht, weil wir die Richtlinien der OECD verletzt sehen. Diese Beschwerde haben wir sowohl in Mexiko als auch in Deutschland eingereicht. Das Ergebnis war nicht so wie erwartet, da einer der Schwachpunkte der Leitsätze darin liegt, dass die zuständigen Instanzen den Unternehmen gegenüber nur Empfehlungen

Der Fall Euzkadi

Am 16.12.01 schließt der deutsche Reifenhersteller Continental das Euzkadi-Werk in Guadalajara/Mexiko unrechtmäßig und entlässt 1.164 Arbeiter. Die Gewerkschaft tritt daraufhin am 22.1.02 in Streik. Die zuständige Schiedsstelle stuft den Streik auf Antrag von Continental zunächst als „unzulässig“ ein, ein im mexikanischen Arbeitsrecht nicht vorgesehener Termin. Diese Einstufung wird jedoch Anfang Februar 2004 von höchster juristischer Instanz annulliert. Daraufhin beurteilt die Schiedsstelle den Streik für „existent“, der Streik gilt nun als rechtmäßig anerkannt. Die von Continental ausgesprochene Entlassung der Arbeiter ist unwirksam. Continental muss ihren Beschäftigten die seit über zwei Jahren aufgelaufenen Löhne nachzahlen. Die Gesamtlohnschuld beläuft sich inzwischen auf über 27 Millionen Euro. Pro Arbeiter ist diese Summe fast dreimal so hoch wie die von Continental bislang angebotene Abfindung. Germanwatch und FIAN haben die Gewerkschafter von Deutschland aus unterstützt, Kontakte hergestellt, sie auf die Aktionärsversammlung begleitet und Öffentlichkeit für ihren Fall hergestellt. 2002 hat Germanwatch gemeinsam mit den Gewerkschaftern gegen Continental eine Beschwerde wegen Verletzung der OECD-Leitsätze vorgebracht.



Toolkit „Anwendung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen“. Bestelladresse: www.germanwatch.org/tw/kwt003.htm oder: C. Heydenreich, heydenreich@germanwatch.org

Mitmachen: Arbeitsrechte einhalten!

Unterstützen Sie die Arbeiter von Euzkadi, indem Sie heute noch folgenden Brief an die Continental AG senden! (download unter www.germanwatch.org/zeitung/2004-1-brief.htm)

Manfred Wennemer, Vorstandsvorsitzender
Continental AG
Vahrenwalder Str. 9
30165 Hannover
Fax: 0511/938 81770



Sehr geehrter Herr Wennemer,

aus der Germanwatch-Zeitung 1/2004 habe ich erfahren, dass Continental sich in Mexiko nicht an nationales Recht gehalten hat, als das Unternehmen im Dezember 2001 unrechtmäßig das Werk bei Guadalajara schloss und über 1.000 Arbeiter entließ. Damit hat Continental u.a. auch gegen die für Deutschland und Mexiko geltenden OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verstoßen. In Unterstützung der Gewerkschafter, die vor Ort für ihre Arbeitsrechte kämpfen, bitte ich Continental eindringlich,

- das mexikanische Recht einzuhalten!
- das Recht auf Streik der Arbeiter von Euzkadi anzuerkennen!
- auf Basis der jüngsten Entscheidung des Schiedsgerichts mit den Gewerkschaftern in neue Verhandlungen zu treten!
- den Konflikt nicht auf juristischem Wege in die Länge zu ziehen!

Rückmeldung an:

Name
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Mit freundlichen Grüßen,

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns eine Kopie der Rückmeldung zukommen lassen: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Werden Sie Germanwatch-Mitglied!

Germanwatch will politische und ökonomische Strukturen verändern: Politik und Wirtschaft der Industrieländer müssen sich neu orientieren, um allen eine faire Chance auf nachhaltige Entwicklung zu garantieren. Die brauchen vor allem Entwicklungsländer, und dafür entwickeln wir wissenschaftlich fundierte Lösungsvorschläge. Als Mitglied unterstützen Sie unsere Unabhängigkeit.

Werden Sie Kampagnera/-o unserer Kampagne „Unterbieten-Verbieten“

Die EU unterstützt mit Milliarden Subventionen den Export von Lebensmitteln. Die Leidtragenden: Kleinbauern im Süden. Ihre lokalen Preise werden unterboten, ihre Märkte zerstört. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass die EU den Verkauf ihrer Lebensmittel zu Dumpingpreisen in die Entwicklungsländer beendet. Als Handels-Kampagnera/-o unterstützen sie gezielt nur diese Kampagne. Mitglieder und Kampagneras/-os erhalten regelmäßig kostenlose Fach- und Hintergrundinfos, Veranstaltungshinweise und Einblicke in unsere Arbeit!

Ihr Engagement

Ich werde Germanwatch-MITGLIED, und zwar zum Monatsbeitrag von:

- EUR 12,50/Monat (Regulärer Mindestbeitrag; entspricht EUR 150/Jahr)
 EUR 10/ Monat (Ermäßigter Mindestbeitrag für alle üblichen Erwerbsberechtigten; entspricht EUR 120/Jahr)

Ich werde Handels-Kampagnera/Kampagnero zum Jahresbeitrag von 25 Euro und zwar für:

- 1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

- Bitte buchen Sie den Mitgliedsbeitrag von EUR _____ von meinem Konto ab.
Zahlungsweise:
 jährlich vierteljährlich halbjährlich monatlich

Geldinstitut:

BLZ:

Konto-Nr.:

Datum/Unterschrift

Name:

Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Tel./Fax:

E-Mail:

Bitte ausfüllen und einschicken an: Germanwatch, Voßstr. 1, 10117 Berlin. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung erhalten Sie Anfang nächsten Jahres.

TERMINE

- Köln, 2. April 2004:
Ratings Event on the EU Emissions Trading Scheme
Runder Tisch auf Einladung der Germanwatch-Expertengruppe „Klimarischen“ in Kooperation mit der UNEP Finanzinitiative, Bank für Sozialwirtschaft.
(nur auf Einladung)
Infos: Dustin Neuneyer, neuneyer@germanwatch.org, Tel: 0228-60492-11
- Berlin, 26. April 2004:
Vorstellung des Berichts zur Lage der Welt 2004
Gemeinsame Veranstaltung von Germanwatch und der Heinrich-Böll-Stiftung.
Gäste u.a. Gary Gardner, Worldwatch Institute Washington, Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe.
Infos: Brigitte Kunze, kunze@germanwatch.org, Tel: 030-28883560
- Brüssel, 28./29. April 2004:
Promote food security by ending agricultural dumping - the unfinished agenda
Mit Vorträgen von Michael Windfuhr und Rudolf Buntzel, Germanwatch. Zielgruppe: NGOs. Infos: www.germanwatch.org/termine
- Erfurt, 3. Mai 2004:
Ökonomische Instrumente zur Umsetzung von Nachhaltigkeit. Finanzmärkte, Emissionshandel und Klimaschutz.
Vortrag von Gerold Kier, Germanwatch. Haus Dacheröden, Anger 37. 19:00 h
- München, 15. Mai 2004:
Entwicklungsländer und Entwicklungsfelder im Spannungsfeld zur EU-Agrarpolitik
U.a. mit einem Vortrag von Michael Windfuhr, Germanwatch; 10:30 h - 17:30 h
Infos: Dr. Alexander Fonari, Germanwatch-Regionalgruppe München Raum, Tel. 089-350 40 794, Afonari@web.de

Im Juli 2001 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Grünbuch zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility oder CSR), das untersuchen sollte wie sich eine Partnerschaft zur Entwicklung von Rahmenbedingungen für die CSR-Förderung aufbauen ließe. Dem folgte eine Konsultation mit allen Stakeholdern und im Juli 2002 die entsprechende Mitteilung. Die Mitteilung beschränkte das Konzept von CSR jedoch von Anfang an explizit auf Freiwilligkeit. Die vorgelegte EU-Strategie beinhaltet sieben zentrale Punkte, die von den üblichen Stillstandsthemata wie Wissensweiterung, Erfahrungsaustausch oder Sensibilisierung bis hin zu den interessanteren Punkten wie Konvergenz und Transparenz von CSR-Praktiken und -Instrumenten reicht. Und es wurde auch die Etablierung eines Multi-Stakeholder-Forums (MSF) vorgesehen, das dann im Oktober 2002 das Licht der Welt erblickte. Ein Viertel der Sitze in diesem Forum geht jeweils an die NGO-Plattform und die Gewerkschaften, zwei Viertel an die Unternehmensverbände.

Das MSF wurde mandatiert, eine Serie von Runden Tischen über vier Themen zu organisieren: 1) die Ausweitung des Wissens über CSR, 2) die Verbreitung von CSR unter kleinen und mittelständischen Unternehmen, 3) Diversität, Konvergenz und Transparenz von CSR-Praktiken und Instrumenten, 4) Entwicklungsaspekte von CSR. Nach der Anhörung von Fallbeispielen im Rahmen der Runden Tische soll das MSF bis Ende Juni 2004 einen Abschlussbericht erarbeiten, der eine Analyse der Diskussionen sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen beinhaltet. Die Kommission wird die Resultate bewerten und gegebenenfalls weitere Schritte zur Förderung von CSR beraten.

CSR in Brüssel

Ernsthafter Ansatz oder billiges Ablenkungsmanöver?

Der derzeit sowohl auf EU-Ebene als auch weltweit schwammige CSR-Prozess könnte im Prinzip in drei verschiedene Richtungen gehen: Erstens ein Status quo ohne Konsequenzen und weiterhin nicht viel mehr als ein PR-Instrument bleiben. Die zweite Option wäre, CSR als klarer standardisierender Prozess, der demokratisch entwickelt und kontrolliert ist. Die Beteiligung bleibt freiwillig, doch die Regeln sind definiert und bindend. Und drittens, wie Friends of the Earth Europe (FoEE) und viele andere es sich wünschen, ein europaweit oder international bindendes Regelwerk für multinationale Unternehmen, das die Rechte von betroffenen Menschen und Gemeinden garantiert und gleichzeitig die Konzerne für ihre Taten weltweit haftbar macht.

Wohin der EU-Prozess letztlich führen wird, steht noch in den Sternen, allein schon aufgrund der anstehenden Nominierung der neuen Kommissare und der Wahlen des EU-Parlaments. Aber so weit sind wir jetzt noch gar nicht. Bisher haben sich die Diskussionen im MSF hauptsächlich um die Regeln des Prozesses selbst und dann um die Art und Auswahl der Fallbeispiele für die Runden Tische gedreht. Ende März sind die verschiedenen Runden Tische abgeschlossen und dann diskutieren alle Stakeholder darüber, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Da werden sich möglicherweise die Grenzen dieses Dialogprozesses ganz schnell zeigen.

Abgesehen von einigen gelegentlichen Spannungen hat sich bisher eine interessante Dynamik im MSF

gezeigt. Die Vertretung des Privatsektors, einerseits der konservative Verband der Arbeitgeber (UNICE) und andererseits der innovativen Dachverband der CSR-Befürworter (CSR Europe), sind nicht immer im Einklang. Die Konservativen übernehmen die Bremsenrolle im Prozess. Sie wollen CSR mehr oder weniger auf den „business-case“ beschränken, d.h. auf Initiativen, die sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Die innovativen Vertreter von CSR-Europa sind etwas gemäßigter, weil sie erkannt haben, dass das Konzept von Unternehmensverantwortung sich in verschiedener Hinsicht geschäftlich positiv auswirken kann. Sie scheinen eher zu Kompromissen bereit, weil eine breitere Anerkennung von CSR notwendig ist, wenn die Anstrengungen auch die erwünschten ökonomischen Vorteile einspielen sollen. Gewerkschaften und NGOs liegen meist auf gleicher Linie. Sie wollen, dass der Prozess tatsächlich einen Fortschritt für das Thema Unternehmensverantwortung bringt.

FoEE lehnt CSR als Ersatz für verbindliche Regeln grundsätzlich ab und verlangt von diesem Prozess, dass er sich von Anfang an selbst nur als Zusatzinstrument zu Regulierungen definiert. Das mag zu nächst seltsam klingen, doch die Forderung ist nicht einfach aus der Luft gegriffen. Im letzten November bei einem High-Level-Treffen zum EU-CSR-Prozess in Venedig haben einige Politiker klar gesagt, dass Regulierung jetzt ja überhaupt nicht mehr notwendig sei, da sich die

Betriebe dank CSR selbst um die Nachhaltigkeit kümmern würden. Den Brüsseler Industrielobbyisten mit ihrer Deregulierungagenda klingt das natürlich wie Musik in den Ohren.

Für eine Bewertung des Prozesses ist es jetzt noch zu früh, da die entscheidende Phase erst ansteht. Viele der NGOs haben sich nach zahlreichen negativen Erfahrungen mit solchen Dialogen nur halbherzig in dem Prozess engagiert und sind sich nicht sicher, ob es sich hier nur um eine Verhinderungstaktik handelt. Sie haben sich trotzdem darauf eingelassen, weil die EU mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht und der großen Zahl von Europäischen Konzernen eine besondere Verantwortung hat, das Thema der Unternehmensverantwortung voran zu bringen. Bisher hat der Prozess sehr viel Zeit und Energie gekostet. Nicht nur deshalb werden sich zumindest die NGOs nicht mit einer halbgenauen Version abspesen lassen.

Frédéric Thoma,

Corporate Accountability Campaigner, Friends of the Earth Europe

Das Netzwerk von Friends of the Earth International (FoEI), dessen Deutsche Sektion der BUND ist, kämpft seit Jahren gemeinsam mit vielen anderen NGOs für ein internationales Regelwerk für multinationale Unternehmen.

Links:

EU-CSR-Prozess:
http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-dial/csr/csr_index.htm
FoEE: <http://www.foeeurope.org>

Impressum

Herausgeber:
Germanwatch e.V.
Büro Berlin:
Voßstr. 1
10117 Berlin
Tel.: 030 2888 356-0
FAX: 030 2888 356-1

Homepage: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Büro Bonn:
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228 60492-0
FAX: 0228 60492-19

Redaktion:
Dörte Bernhardt, V.i.S.d.P.
Christiane Lellig
Layout: VoßSievors

Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, Bremen und „Unsere Welt“ Stiftung für Umwelt- und Entwicklung.
Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

Bestellen: Unsere Publikationen

- Handbuch für NGOs: Anwendung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen. Hrsg. Friends of the Earth Netherlands/Germanwatch/BUND 2004; 42 S. (kostenlos elektronische Version: www.germanwatch.org/tw/wkto03.htm)
- Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltstandards bei multinationalen Unternehmen. Dokumentationsband. Hrsg. Fonari, A. für Germanwatch Regionalgruppe München und Europäische Akademie Bayern e.V. 2004; 205 S., 10 Euro zzgl. 2 Euro Versandkosten (per Rechnung)
- Nahrungsmittelstandards. Zwischen Verbraucherschutz und Handelsbarriere. Chemnitz/Arning. Hrsg. Germanwatch/EED 2003; 36 S., 2 Euro (kostenlos elektronische Version: www.germanwatch.org/tw/sps03.htm)
- Investitionsverhandlungen in der WTO als Agenda des Nordens. Chang/Green, Hrsg. Weed/Germanwatch 2003; 41 S., 4 Euro (per Rechnung)
- Gerechtigkeit jetzt in den WTO-Agrarverhandlungen. Damit das Recht auf Nahrung gesichert wird. Analyse + Bewertung + Forderungen post Cancun. Hrsg. FIAN Deutschland/Germanwatch/Weltladen Dachverband 2003; 12 S. (kostenlos elektronische Version: www.germanwatch.org/tw/wtaagr03.htm)
- The WTO Agrarian Negotiations and Nature Conservation. Workshop-Dokumentation. Hrsg. Euronatur/Germanwatch 2003; 52 S., 2 Euro (kostenlos elektronische Version: www.germanwatch.org/tw/wilm2003.htm)
- Bericht zur Lage der Welt 2003, Worldwatch Institute, Westfälisches Dampfboot Verlag, ISBN-3-89691-537-1; 331 S., 19,90 Euro (per Rechnung)
- Blickpunkt Weltladen, elektronischer Informationsdienst. E-Mail-Adresse angeben!
- KlimaKompakt, elektronischer Informationsdienst. E-Mail-Adresse angeben!

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße

PLZ, Ort

Tel./Fax:

E-Mail:

ACHTUNG: Bei Postversand fällt jeweils 2 Euro Versandgebühr an, bei Bestellung kostenloser Titel bitte in Briefmarken belegen.

An: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn bzw. formlose E-Mail an: info@germanwatch.org

Rezension:

Die stille Macht

„Ein Pressesprecher spricht laut, ein Lobbyist leise.“ Lobbying wird vorrangig unter Ausschluss der Öffentlichkeit betrieben. „Die Stille Macht“ der verschiedenen Interessenverbände in Deutschland ist Gegenstand des gleichnamigen Buches, das Ende 2003 neu erschienen ist. Aus unterschiedlichen Perspektiven wird der Lobbyismus umfassend analysiert und seine Strukturen offen gelegt. Neben politikwissenschaftlichen Abhandlungen finden sich konkrete Fallbeispiele zu Großkonzernen wie Bayer und BASF, zum Einfluss der Umwelt- oder der Agrarlobby. Deren Stärken und Schwächen, Herangehensweisen und Funktionen sowie ihr mit der Politik verflochte-

nes Beziehungsnetz werden aus dem Blickwinkel der jeweiligen Autoren beleuchtet. Ein Hauptanliegen der Herausgeber ist die systematische Herstellung von Transparenz darüber, wie Verbände und Unternehmer auf die Politik Einfluss nehmen. Ohne Transparenz, so wird in verschiedenen Kapiteln deutlich, droht die Gefahr, dass die Demokratie unterlaufen wird. Dies wird umso wichtiger, je mehr sich der politische Prozess aus dem Parlament in einzelne Gremien verlagert. Schließlich konnte der Lobbyismus seinen Einfluss in diesen „grauen Entscheidungsbereichen“ bereits ausbauen.

Christiane Lellig



Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden 2003. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 385 Seiten. EUR 32,90.

Wer wir sind, was wir wollen

Germanwatch ist eine unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Wir setzen uns dafür ein, die bundesdeutsche Politik am Leitbild der Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Damit neue Chancen für eigenständige Entwicklungswege in Entwicklungsländern entstehen, fördert Germanwatch die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zu notwendigen Strukturveränderungen. Wohlstand und Reichtum der Welt kann der Norden nicht für sich allein beanspruchen. Im Gegenteil, eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden ist die Voraussetzung, damit die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte. Germanwatch lebt durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Förderer. Werden auch Sie Mitglied, oder unterstützen Sie uns durch eine Spende. Weitere Informationen gibt's unter www.germanwatch.org oder kostenlos per Post (Anfrage bitte 1,53 Euro in Briefmarken belegen):

Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Spendenkonto 37 37, Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86)